

sten Christen ihren Mund nicht halten konnten und bekannten: Er ist auferstanden. Diese weltbedeutende Erkenntnis posaunen sie aus, und sie wirkt offensichtlich ansteckend.“

Das römische Verbot und seine Folgen

Dieser Passus wurde in der Märznummer der Zeitschrift „Confrontatie“ (1971, S. 25 ff.) durch *H. van Dijk* heftig attackiert. Die Zeitschrift sah darin eine verspätete Verbeugung vor den „Entmythologisierungskoryphäen wie Baur, Bultmann und Marxen“. Die Kardinäle Šeper und Wright bezeichneten diesen Passus als „destruktiv“. Sie teilten in ihrem Schreiben vom 7. August 1972 als Präfekten ihrer Kongregation den beiden holländischen Bischöfen u. a. mit: „Wie wir im Brief vom 30. September 1971 erklärt und im Gespräch vom 26. November 1971 unmittelbar bestätigt haben, kann der genannte Kursus in keiner Weise gutgeheißen werden. Er muß darum vom Programm der Schulen und jeder anderen kirchlichen Institution abgesetzt werden.“

Die Sachlage bleibt unverändert auch nach den Erklärungen ‚au service d’une discussion avec les auteurs du cours catéchétique V. W. O et H. A. V. O.‘ (Abkürzungen für zwei Schulformen, an denen der Kursus eingeführt ist), welche der Bischof von Breda am 22. Januar 1972 an uns abgegeben hat, und ebenso nach dem Brief des Bischofs von ’s-Hertogenbosch vom 25. Februar 1972. Und das um so mehr, als bis jetzt das Ärgernis der Gläubigen geblieben ist, die sich von Tag zu Tag mehr und mehr auf den Heiligen Stuhl berufen.“ Beide Dikasterien zeigten sich in der Beurteilung des OMO-Kursus vollkommen solidarisch.

Gegen das Verbot des OMO-Kursus protestierte in einem Pressecommuniqué die „Vereinigung der Dozenten in der Katechese“. Die Vereinigung führt für diesen Protest vier Gründe an: 1. Das Verbot berücksichtige „nicht die Katechese als einen unterrichtlichen Lernprozeß, sondern ausschließlich die römische Auffassung über Orthodoxie“. 2. Das Verbot stimme „nicht überein mit den Entwicklungen im katholischen Unterrichtswesen, die auf eine relative Autonomie der katholischen Schule hin tendieren“. 3. Das Verbot schade

der Katechese auf dem ganzen Sektor des weiterführenden Unterrichts. 4. Aus dem Verbot gehe klar hervor, daß die Katecheten in ihren intensiven und loyalen Bemühungen, die Katechese in einer den Schülern angepaßten Form zu geben, nicht ernst genommen werden.

Protestaktionen von Religionslehrern, so kündigte die Vereinigung an, würden durch die Vereinigung unterstützt.

Die zuständigen Bischöfe Bluysen und Ernst schlossen sich nach der letzten Intervention der Kurienkardinäle *begrenzt* dem römischen Verbot an, drückten aber in einem Brief vom 20. September 1972 an den Vorstand der OMO in Nord-Brabant auch ihre Sorgen über die Folgen des Verbots aus: „Nachdem wir alles gründlich abgewogen haben, sind wir schließlich zu einer Schlußfolgerung gekommen, die zu akzeptieren Ihnen schwerfallen wird: Bischof Ernst und ich bitten Sie, die *Teile III und IV* des genannten Kursus als Handbuch nicht mehr zu benutzen. Wir haben die negativen Folgen dieses Beschlusses vor Augen. Wir fragen uns besonders mit großer Besorgnis, wie wir einer entstehenden Lücke im Religionsunterricht vorbeugen können. Zudem sind wir in Sorge um die Katecheten und alle Betroffenen, die gewissenhaft und mit viel Einsatz eine schwierige Aufgabe zum Besten der religiösen Bildung der Jugend in Angriff genommen haben und die nun den Eindruck bekommen können, einen wichtigen Halt zu verlieren. Wir werden gern mit Ihnen überlegen, wie wir diese und andere negativen Folgen auffangen können.“ Der Beschluß der Bischöfe wurde vom OMO-Vorstand und den OMO-Katecheten abgelehnt.

Der rechtsliberalen, kuriennahen Tageszeitung „Il Tempo“ genügte dieser Beschluß der beiden Bischöfe aber offenbar nicht. Sie plädierte in der

Ausgabe vom 14. Oktober 1972 für die Absetzung der Bischöfe durch den Papst, weil sie nicht den ganzen Kursus zurückgenommen hätten, und sprach von einem „gotteslästerlichen Katechismus“ in den Niederlanden.

Kein isolierter Vorgang

Der Streit um den OMO-Kursus darf nicht isoliert gesehen werden. Er muß hineingestellt werden in den *Kontext der römisch-holländischen Beziehungen*. Rom will offenbar in den Niederlanden verstärkt seinen Einfluß geltend machen (vgl. den „Fall“ *Simonis*, den „Fall“ *Gijsen* und das vorläufige Veto zur Einrichtung des niederländischen ständigen Pastoralrates; vgl. das Interview von Kardinal *Alfrink* in HK, Oktober 1972, 492). Die römischen Behörden wollen von sich aus die Situation in Holland wieder fester in den Griff bekommen, durch Ernennung von Bischöfen ihrer Wahl und durch direkte Intervention in Disziplinar- und Lehrfragen. Umgekehrt scheint bei holländischen Katholiken „progressiver“ Prägung wenig Bereitschaft vorhanden zu sein, in Lehrfragen etwas weniger draufgängerisch zu agieren und weniger unreflektiert mehr oder weniger haltbare Hypothesen in die kirchliche Praxis umzusetzen. Gerade in diesem Punkt haben sich die „Progressiven“ offenbar radikalisiert. Der OMO-Kursus läßt sich z. B. in der Frage der Auferstehung auch mit dem „Holländischen Katechismus“ nicht zur Dekkung bringen. Durch solche Radikalisierung tragen die „Progressiven“ zur Aktivierung der Gegenkräfte in Holland bei, die sich über die Bischöfe hinweg nach Rom wenden und den römischen Behörden die Rechtfertigungsgründe für ihr Eingreifen liefern. Die Position der um Ausgleich bemühten Bischöfe ist dadurch noch schwieriger geworden, als sie es bisher ohnehin schon war.

Die französischen Bischöfe klären ihr Verhältnis zur Politik

Die beiden Hauptthemen, welche die diesjährige Vollversammlung der französischen Bischofskonferenz vom 23. bis 31. Oktober beschäftigten, waren der Bericht des Weihbischofs von Bordeaux, *F. Fréteillièrè*, über die „Vorbereitung auf das Priester-

amt“ und der Bericht des Vorsitzenden der bischöflichen Sozialkommission, *G. Matagrìn*, Bischof von Grenoble, über „Politik, Kirche und Glaube“. Beide Berichte haben spezielle Kommissionen in mehrjähriger Zusammenarbeit u. a. mit Soziolo-

gen, Theologen, Juristen und Politologen erstellt. Darüber hinaus setzten die Bischöfe die Diskussion über Autorität und Mitverantwortung, über die wirtschaftliche Existenzbasis der Priester, die Sakramentenpastoral und über katechetische Probleme, die schon seit längerer Zeit verhandelt werden, fort. Kardinal F. Marty, Erzbischof von Paris, wurde durch Wiederwahl in seinem Amt als Vorsitzender der Bischofskonferenz mit Zweidrittelmehrheit bestätigt (vgl. La Croix, 26. 10. 72). Die Vollversammlung endete mit der fast einstimmigen Annahme von acht Beschlüssen zur Priesterausbildung, einer einleitenden Erklärung zum Politikpapier mit pastoralen Richtlinien „Für eine christliche Praxis der Politik“. Den Bericht von Bischof G. Matagrín gab sie in leicht modifizierter Form zur Veröffentlichung unter dessen eigenem Namen frei. Zum Thema der Mitverantwortung formulierte sie vier Empfehlungen.

Ratlosigkeit über den Priester von morgen

Fréteilliére entwarf in seiner „Operation Wahrheit“ ein nüchternes Bild der Lage des französischen Klerus, das die Umfrageergebnisse der letzten Zeit berücksichtigt (vgl. z. B. HK, Juni 1972, 281—284). In Frankreich gibt es gegenwärtig für 88 Diözesen 40 Seminare oder „theologische Studienzentren“, mit in der Mehrheit aufgelockerter Lebensform. Im Erfassungszeitraum 1963 bis 1971 sank die *Eintrittsziffer* von 917 auf 354 (= 61%), die Zahl der neugeweihten Priester nahm von 573 auf 237 ab (= 58%). Immer mehr Priesterkandidaten gaben ihr Studium auf: 1963 waren es 33 von 5279, 1971 schon 439 von 2840. Die Zahl der Amtsniederlegungen von Priestern hat sich vervierfacht. Sie stieg von 45 im Jahre 1963 auf 180 im vergangenen Jahr. Nur der durch den Tod bedingte Rückgang blieb konstant (rund 700 jährlich).

Diesen alarmierenden Zahlen steht auf der anderen Seite ein *wachsendes Potential von Laien*, Männern und Frauen, gegenüber, die sich für Theologie und den kirchlichen Dienst interessieren und bereit sind, sich auf diesem Gebiet zu engagieren. Von dieser Situation her warf Fréteilliére die Frage nach dem Priester von morgen, vom Jahre 1980 bzw. vom Jahre 2000, auf. Das gesuchte Priester-

bild sei aber, so führte er aus, von der Kirche von morgen abhängig, denn der Kandidat heute würde für die christliche Gemeinde von morgen ausgebildet. Mehr als eine abstrakte Formel konnte aber auch er nicht bieten: der Priester müsse Zeuge der Universalität Christi, also offen für alle sein, Zeichen der Einheit und zugleich ein „Mann der Gemeinde“. Sahen einige Bischöfe die Lösung in einer Ausweitung der kirchlichen Laiendienste, so befürchteten andere davon eine Abwertung des Amtes, wieder andere eine Ablenkung der Laien von ihrer christlichen Weltverantwortung. Es zeigte sich bald, daß die Bischöfe in der Frage nach dem Priesterbild der Zukunft stark abweichende Meinungen vertraten. Fréteilliére warnte jedoch vor einem „Zurechtflicken“ alter Modelle. „Le Monde“ (29./30. 10. 72) sprach von einem „Mißerfolg“ der Debatte. Die Bischöfe seien „kaum bereit, über die vom Bericht eröffneten Perspektiven zu reflektieren“. Kardinal Marty hatte zudem eingangs den unüberschreitbaren Rahmen eindeutig abgesteckt: „Wir müssen das priesterliche Dienstamt bewahren, so wie die Kirche es will und wie die Synode von 1971 dessen Prinzipien erneut bekräftigt hat.“

Von den acht zur Priesterfrage verabschiedeten Beschlüssen sind dies die wichtigsten: Die Bischöfe werden nur solche Priesterkandidaten annehmen, die in einem vom französischen Episkopat gebilligten Seminar ausgebildet wurden; kein theologisches Studienzentrum wird ohne vorheriges Urteil des Ortsbischofs und der bischöflichen Kleruskommission anerkannt; in jeder Region soll eine theologische Ausbildungsstätte für Laien, für Ordensleute und für die Weiterbildung der Priester errichtet werden, die jedoch nicht an die Stelle des Seminars tritt; die Ausbildung soll auch mit den Missionsinstituten abgestimmt werden.

Der politische Pluralismus und seine Grenzen

Lebhafter und länger wurde über das zweite große Thema der Tagesordnung „Politik, Kirche und Glaube“ diskutiert (vgl. den Wortlaut des Schlußdokuments in La Croix, 1./2. 11. 72). Im Vorfeld der französischen Parlamentswahlen und auf dem Hintergrund der zunehmenden Distanzierung zwischen Kirche und

Staat im französischen Protestantismus (vgl. HK, März 1972, 112 bis 114) und im französischen Katholizismus (vgl. HK, Juli 1972, 320 bis 322) bezeugt der Text die wachsende Sensibilisierung der Bischöfe für die entscheidende Rolle der *politischen Dimension* im menschlichen Leben; und daß Politik immer auch eine Auffassung vom Menschen impliziere (Matagrín). Die Bischöfe sind sich heute bewußt, daß die Kirche zumal in einem mehrheitlich katholischen Land, ob sie zu gesellschaftlichen und politischen Fragen schweigt oder Stellung nimmt, sich auf jeden Fall zwangsläufig auch politisch verhielt. Sie wollen mit dem verabschiedeten Papier, in dem auch die letzten Umfrageergebnisse über die politische Einstellung der Katholiken verarbeitet sind (vgl. HK, Juni 1972, 281 bis 284), in erster Linie zu einer doktrinalen und pastoralen Klärung des gesamten Fragekomplexes beitragen. Wenn auch wenig über den Verlauf der Diskussion bekannt wurde, so hat es doch Meinungsverschiedenheiten gegeben, die im Abschnitt über den Klassenkampf am heftigsten waren. Über diesen wurde auch zweimal abgestimmt. Der Text enthält alle wichtigen Gedanken der Diskussion. Hier die Grundlinien:

Das Papier stellt zunächst die Tatsache der *Pluralität politischer Überzeugungen* fest, die von Umfragen bestätigt wird. So sind z. B. für 79% der praktizierenden Katholiken Christentum und Sozialismus, für 74% Christentum und Liberalismus, für 52% Christentum und Kapitalismus und für 20% Christentum und Kommunismus miteinander vereinbar (vgl. La Croix, 21. 10. 72). Zugleich betonen die Bischöfe die *Berechtigung* dieses durch vielfältige persönliche und ideologische Faktoren bedingten politischen Pluralismus. Aus dem Glauben lasse sich eben nicht nur eine einzige politische Haltung ableiten.

Doch müsse der Christ die politische Gegnerschaft an einem Ort der Begegnung und der Konfrontation im Rahmen der Gemeinden austragen. Der gemeinsamen Feier der Eucharistie als dem Ort und Zeichen einer tieferen unaufgebbaren Einheit kommt nach den Bischöfen größte Bedeutung zu. Bei der Feststellung der *Grenzen* des politischen Pluralismus zwischen Christen verweist der Text auf die Schrift. Was das „Evangelium und das Gewissen mißbilli-

gen, kann von einem Christen politisch nicht vertreten bzw. unterstützt werden, wenn er nicht zugleich seinen Glauben verraten will“. Ein weites Feld, auf dem politische Gegner im Raum der Kirche zusammenarbeiten können, sehen die Bischöfe indessen in den heute drängenden sozialen und ökonomischen Problemen (z. B. in der Bodenspekulation, im Konsumzwang und in einer ausschließlich profitorientierten Wirtschaft).

Kirche und Klassenkampf

Die Bischöfe wandten sich dagegen, alle sozialen Konflikte auf das *Klassenkampfeschema* zu reduzieren, wiederholten aber auch die kirchliche Kritik an der liberalistischen Konfliktanalyse (indem sie auf den Brief Pauls VI. an Kardinal *M. Roy* „*Ocotogesima adveniens*“ verwiesen, vgl. HK, Juni 1971, 282—292). Neu sei heute jedoch, daß das Klassenkampfeschema auch für viele Christen aus den verschiedensten Schichten zum Schlüssel für das Verständnis und die Erklärung sozialer Situationen und zu einem operationellen Schema geworden ist. Doch selbst die Marxisten würden, so betonen sie, ihr ursprüngliches Klassenkampfeschema nuancieren. Manche Gesellschaftskritiker würden sich fragen, ob der grundlegende Antagonismus heute nicht zwischen den Inhabern der Entscheidungsgewalt und den bloßen Untergebenen zu suchen sei. Angesichts dieser Antagonismen habe der Glaube eine kritische Funktion. Als entscheidendes Kriterium für das politische Verhalten von Priestern

und Bischöfen bezeichnen die Bischöfe dessen Zusammenhang mit der Sendung der Kirche und mit der je *spezifischen* Sendung von Priestern und Bischöfen *in* der Kirche. Die spezifische Verantwortung der kirchlichen Amtsträger im politischen Bereich sei pastoraler Natur. Sie gehen über die von der letzten Bischofsynode aufgestellten Richtlinien nicht hinaus (vgl. HK, Dezember 1971, 589).

Im Verhältnis zwischen Kirche und Staat habe sich, so stellen die Bischöfe fest, insofern eine *neue* Entwicklung ergeben, als die Kirche sich einerseits von der Regierung und den politischen Instanzen stärker distanziert, andererseits aufgrund ihrer religiösen Sendung öfter im politischen Bereich interveniert. Ihre Distanz begründen die Bischöfe mit dem Respekt vor der Autonomie des politischen Bereichs und mit dem dadurch gegebenen größeren kirchlichen Freiheitsraum. Der kirchliche Beitrag zur Politik bestehe darin, daß die Kirche die Gläubigen zu aktivem politischem Engagement auffordere und selbst Anregungen, Vorschläge und auch Kritik äußere, und zwar nicht aus irgendeinem Machtanspruch heraus, sondern im Dienste der Menschen, besonders der Armen, des nationalen und internationalen Gemeinwohls, der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens. Als eine unter vielen sozialen Gruppen habe die Kirche das Recht auf einen gesellschaftlichen Status, damit sie ihre spezifische Aufgabe erfüllen könne; dabei gehe es nicht darum, Privilegien auszuhandeln.

Katholische Stimmen zum Kriegsrecht auf den Philippinen

Seit der Verhängung des Kriegsrechts über die Philippinen am 23. September 1972 sind drei verschiedene Stellungnahmen kirchlicher Kreise zu den rigorosen Maßnahmen des philippinischen Präsidenten *F. Marcos* bekannt geworden. Als erste Gruppe protestierten die „*Christen für die Nationale Befreiung*“, eine seit mehr als einem Jahr äußerst aktive Bewegung von Priestern und Laien, gegen Begründung und Durchführung des Kriegsrechts. Mit einiger Verspätung meldeten sich dann Mitte Oktober alle *Bischöfe* der Philippinen gemein-

sam in einem Hirtenbrief zu Wort, wobei sie sich um eine ausgewogene Stellungnahme bemühten und Selbstkritik jedes einzelnen Katholiken forderten. Diese zurückhaltende Interpretation der Vorgänge wurde aber später von 17 Bischöfen und 18 Oberen und Mitgliedern von Ordensgemeinschaften in einem gemeinsamen Brief an den Präsidenten zurückgewiesen bzw. durch klare Forderungen und Bedingungen ergänzt.

Eine Reihe von Einzeläußerungen führender Katholiken vervollständigt das Bild. Durch die Einbezie-

hung von Kardinal *R. Santos* von Manila in die Auseinandersetzungen um die Ursachen der innenpolitischen Krise wurde zudem deutlich, daß mit einer Konfrontation innerhalb der katholischen Kirche der Philippinen in den nächsten Wochen und Monaten zu rechnen ist, eine Entwicklung, die sich seit langem andeutete, durch die jetzige Ausnahmesituation aber vielleicht erst offen zutage tritt.

Marcos' Traum von einer neuen Gesellschaft

Noch wenige Tage vor Bekanntgabe des Kriegsrechts hatte Bischof *M. Gaviola*, der Sekretär der philippinischen Bischofskonferenz, bei einer Messe im Präsidentenpalast anlässlich des 55. Geburtstages von Präsident Marcos erklärt: „Gott kann einen betenden Präsidenten nicht im Stich lassen“ (zit. nach: Far Eastern Economic Review, 30. 9. 72). Geradezu als Antwort auf diesen ermunternden Satz erscheint die Schlußpassage der Radio- und Fernsehansprache von Marcos, mit der er am 23. September die Bevölkerung über die in der „Proklamation Nr. 1081“ enthaltenen Vorschriften und die Beweggründe dazu unterrichtete: „... ich habe zu Gott um Anleitung gebetet. Laßt uns alle fortfahren, zu ihm zu beten. Ich vertraue darauf, daß wir mit Gottes Hilfe unseren Traum von einer besseren Gesellschaft, einer neuen und leuchtenderen Welt verwirklichen werden“ (vgl. Philippine News, 30. 9. 92).

Vorher hatte Marcos das Kriegsrecht mit zwei Zielen begründet: zum einen wolle er mit Hilfe der Sondergesetze die Bedrohung durch einen gewaltsamen Umsturz abwenden, zum anderen die Gelegenheit nutzen, um „die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen in unserem Land zu reformieren“. Das Ergebnis aller Bemühungen solle eine „*Neue Gesellschaft*“ sein.

Marcos führte eine Fülle von Beispielen an, die den wachsenden Einfluß kommunistischer Gruppen verdeutlichen sollten. Dabei griff er ganz besonders die in verschiedenen Provinzen gemeinsam von der kommunistischen Partei und deren „*Neuer Volks-Armee*“ errichteten „ländlichen Asyle“ an, in denen eine radikale Landreform praktiziert werde. Diese Bewegung greife immer mehr um sich. Auch der Zulauf zur KP „*maoistischer*“ Richtung und zu verschiede-